

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst
am 13.06.2019

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 20:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Reinhard Schäffer - Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Gerhard Henrichsmeier - stellv. Bezirksbürgermeister (RM)
Herr Klaus-Dieter Hoffmann
Herr Simon Lange
Herr Günter Möller
Herr Werner Thole - Vors. / RM
Herr Achim Tölke

SPD

Frau Ingeborg Abendroth
Herr Nesrettin Akay - Vors.
Herr Tobias Beckord
Frau Ursula Fecke
Frau Melanie Grbeva

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Roland Lasche

Die Linke

Herr Hans-Dietmar Hölscher

Fraktions- bzw. gruppenloses Mitglied

Herr Karl-Hermann Vagt

Entschuldigt fehlt:

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen - Vors.

Von der Verwaltung

Herr Spree	Amt für Verkehr	(zu TOP 5.1, 5.2, 7)
Frau Wißmann-Wahsner	Umweltbetrieb	(zu TOP 8)
Frau Konteh	Umweltbetrieb	(zu TOP 9)
Herr Queste	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-	(zu TOP 10)
Frau Moormann	Immobilienervicebetrieb	(zu TOP 11)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Bittner	Bezirksamt Heepen	
Frau Machnik	Bezirksamt Heepen	(Schriftführerin)

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert habenFDP

Herr Jan Maik Schlifter

bis 20.10 Uhr

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung:

-/-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) verweist auf das zahlreiche Erscheinen von Einwohnerinnen und Einwohnern des Stadtbezirks und bittet den Tagesordnungspunkt 7 (Ausbau der Dingerdisser Straße) vorzuziehen und vor Punkt 5 zu behandeln.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) bittet den Tagesordnungspunkt 10 (Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern) abzusetzen, da die sehr umfangreiche Beschlussvorlage erst vor der Sitzung verteilt worden sei. Eine ausreichende Vorbereitung zu dem Thema sei somit nicht möglich gewesen. Herr Skarabis schlägt vor, die Berichterstattung zu diesem Punkt bezogen auf den Stadtbezirk abzuwarten, und dann das weitere Verfahren zu entscheiden. Damit sind die Mitglieder der Bezirksvertretung nach kurzer Diskussion einverstanden.

Die von der Bezirksvertretung mit den genannten Maßgaben genehmigte Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Einwohnerfragestunde. Eine Vielzahl der Anwesenden erklären, zum Tagesordnungspunkt 7 Fragen stellen zu wollen. Herr Bezirksbürgermeister Schäffer kündigt daraufhin an, die Sitzung an diesem Tagesordnungspunkt für Einwohnerfragen zu unterbrechen.

a) Baumaßnahme Neue Straße (Wendehammer)

Herr Schlifter (der als Einwohner des Stadtbezirks in den Zuhörerbereich gewechselt ist) fragt nach, wann die Baumaßnahme zur Umgestaltung des Wendehammers in der Neuen Straße erfolge.

Herr Skarabis erläutert, dass die Arbeiten ausgeschrieben waren und eine Firma den Zuschlag erhalten habe. Die Ausschreibung habe zwingend eine Bauzeit von sechs Wochen in den Sommerferien vorgegeben. Baubeginn solle der 15.07.2019 sein.

b) Verbindungsweg entlang der Stadtbahnlinie 3 (Querung Otto-Brenner-Straße)

Herr Schlifter fragt nach dem Sachstand zur Radwegeverbindung hinsichtlich der Kreuzungsmöglichkeit über die Otto-Brenner-Straße zum Ehlenruper Weg.

Herr Spree (Amt für Verkehr) erläutert, dass die Fläche auf der Mittelinsel der Otto-Brenner-Straße verbreitert werden solle. Der Radweg solle zu-

dem in der Otto-Brenner-Straße von der Fahrbahn abgerückt werden um eine größere Aufstellfläche zu erreichen. Es sei geplant, den Radverkehr nach Querung der Otto-Brenner-Straße auf einer Diagonale über die Grünfläche zum Ehlenruper Weg zu führen. Zum weiteren Verfahren habe es bisher keine Anträge aus der Bezirksvertretung Mitte gegeben.

Da keine weiteren Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt werden, schließt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 43. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 09.05.2019

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 43. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 09.05.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1

Geförderter Breitbandausbau in Bielefeld

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Information des Amtes für Verkehr vom 10.05.2019 zum Sachstand im Bereich des geförderten Breitbandausbaus in Bielefeld.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 3.1*

-.-.-

**3.2 Gestaltung des Innenbereichs des Hillegosser Kreisels
(BV Stieghorst, zuletzt 21.02.2019, TOP 8)**

Den Mitteilungen beigelegt ist eine Information des Umweltbetriebes zur Bepflanzung des o. a. Bereiches.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 3.2*

-.-.-

**3.3 Wegeverbindung parallel der Stadtbahnlinie 3
(BV Stieghorst, 15.11.2018, TOP 9)**

Das Amt für Verkehr informiert mit beigelegtem Sachstand zu den geplanten Bauabschnitten der o. a. Wegeverbindung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 3.3*

-.-.-

3.4 Untersuchung einer Stadtbahnverlängerung nach Hillegossen

Den Mitteilungen beigelegt ist eine Einladung des Amtes für Verkehr vom 22.05.2019 zur Teilnahme an der zweiten Bürgerbeteiligung am 03.07.2019.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 3.4*

-.-.-

**3.5 Löschwasserversorgung Feldkamp in Ubbedissen
(BV Stieghorst, 09.05.2019, TOP 7)**

In der o. a. Sitzung war gebeten worden, die Mitteilung der Stadtwerke Bielefeld an das Feuerwehramt, die dort im Vorfeld der Sitzung eingegangen war, zu übermitteln. Der Wortlaut ist den Mitteilungen beigelegt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 3.5*

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.6 Einzäunung von Schulgeländen

Herr Skarabis verweist auf den Auszug aus der Niederschrift der Sitzung

des Schul- und Sportausschusses vom 26.03.2019, der vor der Sitzung verteilt worden ist.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) teilt mit, dass in der Ausschuss-Sitzung sehr kontrovers diskutiert wurde, ob die Bezirksvertretung nicht zu jeder beabsichtigten Einzäunung eines Schulgeländes einen Beschluss fassen müsse. Seiner Ansicht nach müsse die Verwaltung einen Überblick erstellen, wo es in der Vergangenheit Einzäunungen gegeben habe. Im Zweifel könnten solche Maßnahmen zurückgenommen werden oder längere Öffnungszeiten beschlossen werden.

Auch von den Mitgliedern der Bezirksvertretung wird die Thematik als problematisch beurteilt. Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) stellt fest, dass bei der Bereisung der städtischen Einrichtungen in der Vorwoche verschiedene Schulleitungen eine Einzäunung wünschten. Er regt einen Bericht der Verwaltung zur nächsten Sitzung an.

Herr Skarabis gibt zu bedenken, dass die geäußerten Wünsche teilweise noch nicht mit der Verwaltung abgestimmt oder ihr bekannt seien. Es könne somit nur der Bestand an Einzäunungen aufgelistet werden.

Abschließend besteht Einvernehmen darüber, dass eine Berichterstattung erfolgen solle, wenn ein solches Vorhaben aktuell im Stadtbezirk geplant werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 3.6*

3.7

Abfallbehälter an der Bushaltestelle Ubbedissen Bahnhof (BV Stieghorst, 09.05.2019, TOP 5.3)

In der letzten Sitzung wurde beschlossen, dass an der Bushaltestelle Ubbedissen Bahnhof ein Abfallbehälter aufzustellen sei.

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung verteilte Mitteilung des Umweltbetriebes vom 05.06.2019. Danach hänge die Aufstellung von Papierkörben an Bushaltestellen allgemein von der Nutzungsfrequenz ab. Diese sei an der genannten Haltestelle bisher zu niedrig. Man wolle daher die Situation hinsichtlich des Fahrgastaufkommens und des Verschmutzungsgrades zunächst beobachten. Zu der in der letzten Sitzung gestellten Frage von Frau Fecke habe der Umweltbetrieb mitgeteilt, dass die Leerungen im Normalfall einmal wöchentlich vorgenommen werden.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) kritisiert, dass angesichts von Ausgaben in Millionenhöhe an anderer Stelle hier die Kosten von 800 EUR als zu hoch angesehen werden. Jedes Jahr werde im Rahmen einer Müllsammelaktion insbesondere in diesem Bereich viel Abfall beseitigt. Er bitte daher die Verwaltung nochmals den Behälter anzubringen.

Frau Fecke (SPD-Fraktion) schließt sich den Ausführungen von Herrn Thole an. Sie bittet die Verwaltung den Abfallbehälter zu montieren.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 3.7*

-.-.-

3.8 **Straßenbeleuchtung in der Straße Fadenweg**

Herr Skarabis verweist auf das vor der Sitzung verteilte Schreiben des Amtes für Verkehr vom 11.06.2019 zur Erneuerung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung im Fadenweg.

In diesem Zusammenhang informiert Herr Skarabis darüber, dass die in der letzten Sitzung von Herrn Thole gestellten Fragen zur Erhebung von Anliegerbeiträgen bei Straßenbeleuchtungsmaßnahmen noch geprüft und in der kommenden Sitzung beantwortet werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 09.05.2019 - öffentlich - TOP 3.8*

-.-.-

3.9 **Barrierefreier Ausbau der Bushaltestelle „Oerlinghauser Straße“ stadteinwärts (BV Stieghorst, 09.05.2019, TOP 3.5)**

Herr Skarabis berichtet auf die Nachfragen von Herrn Thole in der letzten Sitzung, dass der Auftrag an die bauausführende Firma erteilt sei und eine Ausführung bis November 2019 erfolge. Die Bauzeit selbst betrage ca. 4 Wochen. Sollten sich Beeinträchtigungen für die unmittelbar angrenzenden Grundstücke ergeben, erfolge eine rechtzeitige Information mit Handzetteln. Falls eine Umleitung erforderlich werden sollte, werde darüber wie üblich zeitnah vom Amt für Verkehr informiert.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 09.05.2019 - öffentlich - TOP 3.9*

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Bepflanzung entlang der Detmolder Straße in Hillegossen und Ubedissen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8765/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und des Vertreters der Partei Die Linke:

„Wann werden die zu bepflanzenden Flächen entlang der Detmolder Straße, die durch die Deckensanierung umgebaut bzw. neu entstanden sind, bepflanzt?

Hierzu gehören z.B. die Flächen rechts und links an der Einmündung Ubbedisser Straße, das Blumenbeet an der Grundschule Hillegossen (zwischen den beiden Fahrstreifen) sowie die Flächen im Innenbereich des Kreisels in Hillegossen und um den Kiesel herum.“

Die Antwort des Umweltbetriebes vom 06.06.2019 wurde vor der Sitzung als Tischvorlage verteilt:

„Der geplante Bepflanzungstermin musste aufgrund von Lieferschwierigkeiten seitens der Staudengärtnereien nach hinten verschoben werden. In Abstimmung mit der/den Staudengärtnereien wurden daher lieferbare Ersatzsorten ausgewählt, so dass nun alle Pflanzen für die zur Bepflanzung hergerichteten Beetflächen entlang der Detmolder Straße ab Mitte Juni zur Verfügung stehen.

Die Pflanzarbeit ist von der Garten- und Landschaftsbaufirma Roehse und Fischer in der zweiten Junihälfte fest eingeplant. Ein konkreter Pflanztermin kann leider zu diesem Zeitpunkt noch nicht genannt werden.“

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass auf die Bepflanzung schon ein Jahr gewartet werde. Man begrüße die baldige Umsetzung.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) stellt fest, dass mit der Anfrage zur heutigen Sitzung ein Hinweis von seiner Seite aus der letzten Sitzung aufgenommen worden sei.

Herr Akay und Frau Fecke (SPD-Fraktion) weisen darauf hin, dass auch die Ersatzpflanzen für den Innenkiesel in Hillegossen insektenfreundlich sein müssen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 4.1*

-.-.-

Zu Punkt 5 **Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnung**

Zu Punkt 5.1 **Detmolder Straße 320, Errichtung eines Vollsortimenters und eines Drogeriemarktes**
Hier: Anpassung der Verkehrsführung in der Detmolder Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8497/2014-2020/1

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Herrn Spree vom Amt für Verkehr zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Spree führt aus, dass in der letzten Sitzung zwei Aufträge an die Verwaltung gegangen seien: die Verkehrssituation vor der Georg-Müller-Schule im Hinblick auf die geplante Änderung der Verkehrsführung zu prüfen und eine verbesserte Signalisierung an der Kreuzung der Detmolder Straße zur Elpke zu erreichen.

Mit dem Gutachterbüro sei die Planung nochmals diskutiert worden. Im Ergebnis werde jetzt vorgeschlagen, die Linksabbiegespur in Richtung stadteinwärts zu erhalten und zu verschieben und einen Wendepunkt zu schaffen, der keine Auswirkungen auf den Kreuzungsbereich vor der Georg-Müller-Schule habe. Die Verlängerung der Linksabbiegespur in die Elpke solle wie ursprünglich geplant erfolgen. Perspektivisch sei eine getrennte Signalisierung für Linksabbieger an der Kreuzung Detmolder Straße/ Elpke/ Herderstraße möglich.

Frau Grbeva (SPD-Fraktion) befürchtet einen möglichen Rückstau auf der Fahrbahn stadteinwärts, sieht aber auch keine andere Wendemöglichkeiten. Sie signalisiert Zustimmung ihrer Fraktion zu der Vorlage.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) sieht die vorgeschlagene Lösung kritisch, insbesondere wenn Lastkraftwagen die Wendemöglichkeit nutzen. Er beantragt, die Verkehrsführung wie bisher zu belassen, auch angesichts einer geplanten getrennten Signalisierung im Kreuzungsbereich.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt zunächst über die Beschlussvorlage abstimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst empfiehlt, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Anpassung der Verkehrsführung in der Detmolder Straße in Höhe Haus Nr. 320 entsprechend der modifizierten Planung wird zugestimmt.

Dafür: 7 Stimmen
Dagegen: 8 Stimmen
Enthaltungen: 1 Stimme

- mit Mehrheit abgelehnt –

Herr Thole verweist auf den gestellten Antrag und erweitert diesen um eine Verbesserung der Signalisierung.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verkehrsführung in der Detmolder Straße in Höhe Haus Nr. 320 soll wie bisher belassen werden. Für die Kreuzung Detmolder Straße/ Elpke/ Herderstraße soll schnellstmöglich eine getrennte Signalisierung für den Linksabbiegeverkehr vorgenommen werden.

Dafür: 9 Stimmen
Dagegen: 6 Stimmen
Enthaltungen: 1 Stimme

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen –

* BV Stieghorst – 13.06.2019 - öffentlich – TOP 5.1 *

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Umbau der Oerlinghauser Straße zwischen Detmolder Straße und Ortseingang

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8228/2014-2020/1

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Herrn Spree vom Amt für Verkehr zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Spree erklärt einleitend, dass es ursprünglich vier Planungsvarianten gegeben habe. Davon sei die Variante III in der letzten Sitzung zur Beschlussfassung empfohlen worden. Nach 1. Lesung der Vorlage habe ein Ortstermin mit den Mitgliedern der Bezirksvertretung stattgefunden. Hier seien tendenziell Elemente der Variante IV favorisiert worden, die nunmehr Gegenstand der heutigen Beschlussvorlage sei.

Herr Spree erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die wesentlichen Bestandteile (Mittelinsel im Bereich Ortseingang mit Querungsmöglichkeit für Radverkehr, Mittelinsel Höhe Oelkerstraße für den Fußverkehr, Anrampungen der Fahrbahn im Einmündungsbereich Lipper Hell-

weg und Selhausenstraße, einseitiger Beidrichtungs-Radweg mit Führung auf die andere Straßenseite deutlich vor dem Kreisverkehr in Hillegossen).

Herr Lasche (Bündnis 90/ Die Grünen) zeigt sich skeptisch, ob der gemeinsame Geh-/Radweg mit einer Breite von 3,50 Metern ausreichend bemessen sei. Er regt zur Klarstellung, dass Radverkehr auch auf der Straße zulässig sei, eine Kennzeichnung in Form eines Piktogrammes am Ortseingang auf der Fahrbahn an.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) bedankt sich, dass vorgetragene Argumente in die Nachtragsvorlage eingeflossen seien, ist aber mit der vorgeschlagenen Planung nicht einverstanden. Er schlägt vor, die vorgesehene Mittelinsel im Bereich der Ortsdurchfahrt bis zur Oelkerstraße zu verschieben. Dies spare erhebliche Kosten für den städtischen Haushalt. Weiterhin solle der Beidrichtungs-Geh-/Radweg bis zum Kreisel durchgeführt werden. Das von Herrn Lasche vorgeschlagene Piktogramm lehnt er ab.

Für die CDU-Fraktion stellt er folgende Anträge:

1. *„Die Maßnahme zum Umbau der Oerlinghauser Straße soll erst ab Ortsdurchfahrt-Grenze erfolgen. Die für diesen Bereich geplante Mittelinsel ist bis zur Höhe der Einmündung Oelkerstraße zu verschieben.“*
2. *„Der einseitig geführte Beidrichtungs-Geh-/Radweg ist durchgehend bis zum Kreisel in Hillegossen zu führen.“*

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass ein Wechsel der Radverkehrsführung vor dem Einkaufszentrum aus Sicherheitsgründen wichtig sei. Er halte auch die Mittelinsel vor der Ortsdurchfahrt-Grenze wegen der geschwindigkeitsdämpfenden Wirkung für sinnvoll. Insofern möchte man der Empfehlung der Verwaltung folgen.

Herr Lasche weist darauf hin, dass die Kennzeichnung in Form eines Piktogrammes wichtig sei und dies für jeglichen normalen Radverkehr gelte. Er unterstütze die Planung, dass der Radverkehr stadteinwärts nicht über die Zufahrt zu den Einkaufsmärkten geführt werden solle um ein Gefährdungspotential zu minimieren. Er stellt für seine Fraktion folgenden Antrag:

„Auf der Fahrbahn in Richtung stadteinwärts ist mit einem Piktogramm kenntlich zu machen, dass Fahrradfahren auf der Fahrbahn zulässig ist.“

Herr Thole betont, dass seiner Fraktion ebenfalls die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer wichtig sei. Diese sei mit einem zweimal querenden Radverkehr nicht gegeben.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt über die gestellten Anträge abstimmen:

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Maßnahme zum Umbau der Oerlinghauser Straße soll erst ab Ortsdurchfahrt-Grenze erfolgen. Die für diesen Bereich geplante Mittelinsel ist bis zur Höhe der Einmündung Oelkerstraße zu verschieben.

Dafür: 8 Stimmen
Dagegen: 8 Stimmen

-bei Stimmengleichheit abgelehnt-

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Der einseitig geführte Beidrichtungs-Geh-/Radweg ist durchgehend bis zum Kreisel in Hillegossen zu führen.

Dafür: 8 Stimmen
Dagegen: 8 Stimmen

-bei Stimmengleichheit abgelehnt-

Es wird diskutiert, ob auch Hinweisschilder statt Piktogrammen aufgestellt werden können. Herr Spree führt aus, dass dies nur vorübergehend möglich sei. Weiterhin wird festgestellt, dass der vorgelegte Plan keine Querungsmöglichkeit für den Radverkehr am Ortseingang darstelle. Herr Lasche bittet dies seinem Antrag hinzuzufügen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

An der Ortsdurchfahrt ist eine Querungsmöglichkeit für den Radverkehr über die Mittelinsel zu schaffen. Auf der Fahrbahn in Richtung stadteinwärts ist mit einem Piktogramm kenntlich zu machen, dass Fahrradfahren auf der Fahrbahn zulässig ist.

Dafür: 8 Stimmen
Dagegen: 8 Stimmen

-bei Stimmengleichheit abgelehnt-

Herr Thole bemängelt, dass in der Nachtragsvorlage die Anliegerbeiträge unerwähnt bleiben. Weiterhin regt er eine Bürgerinformationsveranstaltung an.

Herr Spree erläutert, dass die Beiträge in der Ursprungsvorlage benannt seien und sich dazu wegen fast gleicher Kosten der vorgestellten Maßnahme kaum Änderungen ergäben. Die Information sei also schon gegeben worden.

Herr Thole kritisiert, dass der Beschluss dann nicht rechtlich eindeutig gefasst werde und bittet die Verwaltung dies nachzutragen.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) betont die Wichtigkeit einer Bürgerinformationsversammlung. Er verweist auf geplante gesetzliche Neuerungen hinsichtlich der Anliegerbeiträge.

Herr Akay regt eine 1. Lesung an, so dass eine Beschlussfassung nach einer Bürgerversammlung erfolgen könne.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt über die Anträge abstimmen:

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Zunächst ist eine Bürgerinformationsversammlung nach den Sommerferien durchzuführen. Um die Ergebnisse in die Beschlussfassung einbeziehen zu können, wird die Nachtragsvorlage in 1. Lesung behandelt.

-einstimmig beschlossen-

- 1. Lesung -

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich – TOP 5.2 *

-.-.-

Zu Punkt 6

Anträge

Zu Punkt 6.1

Tempo 30 in den Seitenstraßen der Stralsunder Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8766/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und des Vertreters der Partei Die Linke:

„Die Bezirksvertretung Stieghorst bittet das Amt für Verkehr, die Höchstgeschwindigkeit auf den Seitenstraßen der Stralsunder Straße (Butterkamp, Roggenkamp, Gerstenkamp, Osterkamp und Delgenkamp) auf 30 km/h zu begrenzen.“

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) verweist darauf, dass alle genannten Straßen reine Anliegerstraßen seien. Zudem liege am Butterkamp die Kindertageseinrichtung und am Gerstenkamp das Eva-Gahbler-Haus, so dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h erforderlich sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer über den Antrag abstimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst bittet das Amt für Verkehr, die Höchstgeschwindigkeit auf den Seitenstraßen der Stralsunder Straße (Butterkamp, Roggenkamp, Gerstenkamp, Osterkamp und Delgenkamp) auf 30 km/h zu begrenzen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 6.1 *

-.-.-

Zu Punkt 7

Ausbau der Dingerdisser Straße zwischen Am Bredenbusch und Dingerdisser Heide

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8672/2014-2020

Zeitlich behandelt nach TOP 4

Herr Spree (Amt für Verkehr) berichtet zu diesem Tagesordnungspunkt.

Anlass für den Ausbau der Dingerdisser Straße auf dem genannten Teilabschnitt sei der mangelhafte Straßenzustand und fehlende Gehwege der als Haupteinfahrtsstraße eingestuften Straße. Nach der geltenden Satzung der Stadt Bielefeld werden Anliegerbeiträge erhoben. Die geschätzten Kosten von 900.000 Euro werden nach Beschluss über die Ausbauplanung genauer ermittelt. Fördermittel könnten erst nachrangig zu den geschätzten Anliegerbeiträgen von 600.000 Euro eingeworben werden.

Derzeit bestehe kein Anschluss an den Geh-/Radweg, der aktuell nur bis zur Straße Auf dem Busch reiche. Eine ortsnahe Bushaltestelle für den Straßenzug Am Bredenbusch fehle; der Schwerverkehrsanteil sei wegen des Linienbusverkehrs relativ hoch. Derzeit gelte auf dem genannten Abschnitt fast durchgehend eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h wegen des fehlenden Gehweges und der an der Straße gelegenen Kindertagesstätte (KiTa). Herr Spree weist darauf hin, dass diese Regelung künftig nur noch im Bereich der KiTa aufrechterhalten werden könne, da dann durchgehend Gehwege vorhanden seien. Es seien aber ge-

schwindigkeitsdämpfende Maßnahmen vorgesehen. Die Eiche vor der KiTa solle erhalten werden.

Die Planungsvarianten unterscheiden sich hauptsächlich durch die Fahrbahnbreite (5,50 m bzw. 6,50 m). Die breitere Fahrbahn ermögliche Begegnungsverkehr für die Linienbusse, die weniger breite Fahrbahn Sorge für geringe Geschwindigkeiten des Kfz-Verkehrs. Für beide Varianten sei Grunderwerb erforderlich.

Die Variante 1 (mit breiterer Fahrbahn) beinhalte die Anlage einer Bushaltestelle Am Bredenbusch sowie eines gemeinsamen Geh-/Radweges südlich der Straße. Eine Fahrbahnverengung sei auf Höhe der Hausnummer 126 geplant. Parken sei nur auf der Straße möglich.

Die Variante 2 sehe eine Mittelinsel und eine Verschwenkung der Fahrbahn am Ortseingang vor; die Bushaltestelle sei etwas verlagert. Ein gemeinsamer Geh-/Radweg sei auch hier geplant; am Fahrbahnrand solle ein befestigter Seitenstreifen angelegt werden. In Höhe der KiTa sei eine Fahrbahnverengung vorgesehen. Parken sei je zur Hälfte auf der Fahrbahn und auf dem Seitenstreifen möglich.

Herr Spree erwähnt, dass im Zuge der Planungen auch über einen kleinen Kreisverkehr auf Höhe der Einmündung Am Bredenbusch nachgedacht worden sei, um eine geschwindigkeitsreduzierende Wirkung zu erzielen.

Zum vorgesehenen Verfahren erklärt Herr Spree, dass die Anregungen und Hinweise aus der heutigen Sitzung sowie aus einer möglichen Bürgerinformationsveranstaltung geprüft und ggf. eingearbeitet werden. Eine Beschlussfassung zur Ausbauplanung könne dann zum Jahresende erfolgen. Er kündigt eine weitere Bürgerinformationsveranstaltung zu der Höhe der Anliegerbeiträge Mitte nächsten Jahres an. Die Baudurchführung sei voraussichtlich Mitte 2022 zu erwarten.

- Um 17.40 Uhr unterbricht Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die öffentliche Sitzung für Einwohnerfragen. -

Ein Einwohner spricht sich für eine Bürgerinformationsveranstaltung aus. Eine zusätzliche Haltestelle im Bereich Am Bredenbusch lehne er ab, da die bestehende an der KiTa seiner Ansicht nach nicht so stark frequentiert sei, dass eine zweite gerechtfertigt sei. Auch den erwähnten Kreisel würde er ablehnen.

Eine Einwohnerin fragt nach, was die Bezeichnung Haupterschließungsstraße bedeute.

Herr Spree erläutert, dass diese Einstufung beitragsrechtlich wichtig sei, und verweist auf den Link, der in der Präsentation genannt wird. Die weiteren Fragen, inwieweit die Grundstücksgröße eine Rolle spiele und ob auch die Eigentümer der Häuser in der 2. Reihe herangezogen werden, können nach Erläuterung von Herrn Spree in der Bürgerinformationsveranstaltung geklärt werden.

Ein Einwohner weist darauf hin, dass die Verkehrssituation schon jetzt problematisch sei, da auf dem Planungsabschnitt vielfach Busse in beiden Richtungen aufeinander treffen und dazu parkende Autos zu bestimmten Zeiten die Straße im Bereich der KiTa einengen. Dies führe dann zu Rückstaus. Er kritisiert, dass die Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h künftig nur noch eingeschränkt gelten soll.

Herr Spree verweist dazu auf die geltenden Regelungen der Straßenverkehrsordnung, die einen „triftigen Grund“ für die Anordnung von Tempo 30 fordern.

Ein Einwohner kritisiert, dass durch parkende Autos die Busse nicht mehr ordnungsgemäß an die Haltestellen heranfahren könnten. Dies habe zur Folge, dass Menschen mit Gehbehinderung nicht gefahrlos in den Bus einsteigen könnten. Eine Beschilderung reiche nicht aus; die Ordnungsbehörden seien untätig.

Eine Einwohnerin spricht sich ebenfalls gegen eine zweite Haltestelle Am Bredenbusch aus, die nur 220 Meter nach der vorhandenen Haltestelle geplant sei. In dem Bereich gebe es nur wenige Nutzer des Öffentlichen Personennahverkehrs und wenn ein Bus halte, werde er zum Verkehrshindernis. Sie kritisiert die aus ihrer Sicht gehobene und somit kostenintensive Ausstattung der vorgesehenen Bushaltestelle.

Ein Einwohner hinterfragt die vorgenommene Verkehrszählung und bezweifelt die festgestellte Quote für den Schwerlastverkehr, die er höher einschätzt. Auch er spricht sich gegen eine zweite Bushaltestelle aus.

Ein Einwohner bittet darum, auch die bisher von der Stadt Bielefeld aufgewendeten Kosten zur Straßeninstandhaltung zu berücksichtigen.

Eine Einwohnerin fragt, ob durch die Verlegung der Versorgungsleitungen weitere Kosten entstehen.

Dies wird von Herrn Spree verneint. Die Arbeiten zur Leitungsverlegung erfolgten üblicherweise vor der eigentlichen Straßenbaumaßnahme, die allein beitragspflichtig sei.

Mehrere Einwohner beklagen den zunehmenden Schwerlastverkehr, auch nachts, und fragen nach Lösungen wie etwa eine Sperrung der Straße für den Schwerlastverkehr. Das gelbe Schild am Postfrachtzentrum werde nicht beachtet.

Herr Spree sagt zu, die Frage mitzunehmen und die Möglichkeiten zu klären.

Es wird allgemein kritisiert, dass die Anlieger der Dingerdisser Straße nicht über den Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung informiert worden seien. Es sei erwartet worden, dass eine Einladung in Form eines Anschreibens erfolge.

Es wird nachgefragt, ob durchgängig für den Ausbau der Straße Grunderwerb erforderlich sei.

Herr Spree erläutert, dass dies an zwei Punkten vorgesehen sei.

Mehrere Einwohner und Einwohnerinnen kritisieren die Planung für den Einmündungsbereich der Stichstraße gegenüber Hausnummer 128 a.

Es erfolgt nochmals eine Diskussion um die geplante zweite Bushaltestelle sowie die vorgesehene Ausstattung mit Buswartehäuschen.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer fasst das Verfahren zusammen und teilt auf Nachfrage mit, dass eine Bürgerinformationsveranstaltung aus seiner Sicht nicht vor September stattfinden solle.

- Um 18.25 Uhr wird die Beratung in öffentlicher Sitzung fortgesetzt. -

Frau Fecke (SPD-Fraktion) bedankt sich für den Vortrag von Herrn Spree. Sie sieht die zweite Haltestelle ebenfalls skeptisch und bestätigt die mitunter schlechte Parksituation an der Alten Schule und die Probleme für den Busverkehr. Frau Fecke bittet die Verwaltung die Parksituation vom Verkehrsüberwachungsdienst überprüfen zu lassen. Sie spricht sich im Namen ihrer Fraktion für die zweite Variante aus und lehnt den erwähnten Kreisverkehr ab.

Frau Fecke fordert zudem eine eindeutigere Beschilderung schon im Gewerbegebiet an der Ludwig-Erhard-Allee um zu verhindern, dass Lastkraftwagen die Dingerdisser Straße befahren. Sie spricht sich für die Durchführung einer Bürgerinformationsveranstaltung aus.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) begrüßt das große Einwohnerinteresse an diesem Punkt.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass auch bei dem Ausbau der Detmolder Straße eine hohe Bürgerbeteiligung stattfand. Die daraus resultierenden Wünsche seien aber nicht realisiert worden. Er fordert, zunächst die Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen und dann über eine der Planungsvarianten zu entscheiden. Auch er hat Bedenken gegen eine zweite Bushaltestelle und lehnt den erwähnten Kreis ab.

Auf seine Nachfrage erklärt Herr Spree, dass der kombinierte Geh-/Radweg ein Angebot an den bergauf fahrenden Radverkehr darstelle. Fahrräder dürfen auf der Fahrbahn fahren; er denke nicht, dass zusätzlich Piktogramme auf der Fahrbahn aufgebracht werden müssen.

Herr Thole regt eine dritte Variante an mit einer Fahrbahnbreite von 6 Metern. Dies erleichtere den Begegnungsverkehr. Er beantragt für seine Fraktion:

„Die Vorlage wird in der heutigen Sitzung in 1. Lesung behandelt. Vor einer Beschlussfassung soll zunächst eine Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt werden.“

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) betont die Wichtigkeit einer solchen Veranstaltung. Die Anregungen sollten in die Planung einfließen. Er kritisiert die Erhebung von Anliegerbeiträgen und verweist auf die zu erwartenden gesetzlichen Neuregelungen, die möglicherweise eine flexiblere Behandlung dieses Themas ermöglichen.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt über die Anträge abstimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Vorlage wird in der heutigen Sitzung in 1. Lesung behandelt.

- einstimmig beschlossen -

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Vor einer Beschlussfassung soll zunächst nach den Sommerferien eine Informationsveranstaltung für die Anliegerinnen und Anlieger stattfinden.

- einstimmig beschlossen -

- 1. Lesung –

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Nach Abhandlung der Tagesordnungspunkte 5 und 7 verabschiedet Herr Bezirksbürgermeister Schäffer Herrn Spree, der die Stadt Bielefeld verlässt, und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und fachliche Unterstützung des Gremiums.

Zu Punkt 8 Umgestaltung des Spielplatzes "Am Kämpchen"

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Wißmann-Wahsner vom Umweltbetrieb.

Frau Wißmann-Wahsner stellt die beabsichtigten Maßnahmen zur Umgestaltung des Spielplatzes „Am Kämpchen“ vor, die mit Unterstützung des Internationalen Jugend-Gemeinschaftsdienstes durchgeführt werden. Bestehende Geräte sollen wenn möglich aufgearbeitet und neue aufgestellt werden. Die Idee sei auf dem großen Areal, das sich in der Nähe ein Seniorenzentrum und zwei Kindertagesstätten befinde, einen Mehrgenerationenspielplatz zu schaffen. Frau Wißmann-Wahsner erläutert eingehend die vielfältigen Möglichkeiten. So sind beispielsweise ein Kleinkindspielbereich, ein Mehrgenerationen-Parcours, Ausruhmöglichkeiten, ein sogenannter Generationen-Schwinger und Spielmöglichkeiten für ältere Kinder vorgesehen.

Das Projekt wird von allen Mitgliedern der Bezirksvertretung begrüßt.

Frau Grbeva (SPD-Fraktion) drückt ihre Hoffnung aus, dass der Spielplatz nach Fertigstellung mehr genutzt werde als zuletzt. Sie fragt nach, warum auf der anderen Seite des Baches ein großer Bereich abgeholzt worden sei.

Frau Wißmann-Wahsner wird die Frage in die Verwaltung mitnehmen.

Auf Nachfrage von Herrn Lasche (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) bestätigt Frau Wißmann-Wahsner, dass der Bolzplatz erhalten bleibe. Er regt an das durch die Abholzung freigelegte Gelände und den Bach mit-einzubeziehen.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) spricht sich ebenfalls dafür aus, dass der angrenzende Bach in das Spielkonzept einbezogen werden könne. Frau Wißmann-Wahsner erläutert auf seine Nachfragen verschiedene Standorte und Spielmöglichkeiten.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung stimmt dem vorgestellten Konzept zur Umgestaltung des Spielplatzes „Am Kämpchen“ zu.

- einstimmig beschlossen –

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 9

Parkplatz am Osningstadion - Verbesserung des baulichen Zustandes

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Frau Konteh aus dem Umweltbetrieb zu diesem Tagesordnungspunkt.

Frau Konteh erläutert einleitend, dass die Bezirksvertretung seinerzeit beschlossen habe, den gesamten Parkplatz am Osningstadion zu sanieren. Nachdem diese Lösung mittlerweile mit enormer Kostensteigerung einhergehe, habe sie den Auftrag erhalten, mögliche Einsparpotenziale aufzuzeigen. Sie erläutert die Varianten A (Gesamtkosten 295.000 EUR, Folgekosten zu jetzigem Unterhaltungsaufwand - 78 EUR), B (264.000 EUR, + 553 EUR) und C (211.000 EUR, + 269 EUR). Die Variante A sei als Komplettlösung von der Bezirksvertretung beschlossen worden, während die Variante B dem Vorschlag aus der Sitzung vom 21.03.2019 folge. Die Variante C sei eine Teilvariante von A mit Befestigung von 54 Stellplätzen. Eine Erweiterung dieser Variante um weitere 8 Stellplätze sei möglich. Alle Lösungen beinhalten die Aufstellung einer LKW-Sperre, die mit einem Schlüssel, etwa für Rettungsfahrzeuge, weggeklappt werden könne.

Frau Fecke fragt nach, ob auch der Verein einen Schlüssel erhalte, um bei Bedarf größere Fahrzeuge auf das Gelände zu lassen. Dies wird von Frau Konteh als unproblematisch gesehen.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) fragt nach, ob die Varianten auch

mit dem Sportverein TuS Hillegossen abgestimmt worden seien.
Herr Skarabis bestätigt, dass die Variante mit Schotterung der Parkplätze abgestimmt sei.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier fragt nach, warum statt einer Pflasterung der Fläche eine Asphaltierung vorgenommen werden solle und ob die Entwässerung des Oberflächenwassers in der Kostenberechnung enthalten sei. Baumwurzeln würden den Asphalt hochdrücken.

Frau Konteh führt aus, dass eine Pflasterung kostenintensiver sei. Die angesprochenen Kosten seien nicht enthalten.

Auf Nachfrage von Frau Fecke erklärt Frau Konteh, dass die südliche Fläche des Parkplatzes bei der Variante C im Wege der laufenden Unterhaltung abgeschottert werde.

Herr Skarabis fasst die drei Varianten noch einmal zusammen.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) ist der Ansicht, dass die Variante B zu wenig Einsparung erziele, so dass nur die beiden anderen Varianten in Betracht kämen. Er hinterfragt die Folgekosten insgesamt für die Variante C.

Herr Skarabis verweist auf die Differenz der berechneten Folgekosten zwischen den Varianten A und C in Höhe von etwa 340 EUR. Er weist weiterhin darauf hin, dass nach Angaben des Sportvereines bei der Bereisung der gesamte Parkplatz etwa zweimal monatlich genutzt werde.

Von allen Seiten wird nach weiterer Diskussion schließlich die vorgestellte Variante C favorisiert.

Auf Nachfrage schätzt Frau Konteh, dass die Arbeiten nicht vor Frühjahr 2020 beginnen werden.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Parkplatz des Osningstadions soll zur Kosteneinsparung entsprechend der vorgestellten Variante C (mit 54 Stellplätzen) saniert werden.

- einstimmig beschlossen –

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 9 *

Herr Möller (CDU-Fraktion) erklärte Ausschließungsgründe nach § 31 GO NRW und hat weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teilgenommen.

Die dargestellten Varianten sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Zu Punkt 10**Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern für den Zeitraum 2020-2022**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8744/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Herrn Queste vom Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- zur Berichterstattung.

Herr Queste gibt mittels einer Powerpoint-Präsentation einen Überblick über das System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern und erläutert die prozentuale Aufteilung nach Handlungsfeldern.

Der Rat der Stadt Bielefeld habe im Februar den Auftrag erteilt, eine Verlängerung des bestehenden Systems mit bestimmten Maßgaben um weitere drei Jahre vorzubereiten. Herr Queste erläutert ausführlich die Bedeutung und Auswirkungen für den Stadtbezirk Stieghorst.

Herr Lange (CDU-Fraktion) fragt nach, wie man sich den Einsatz einer Fachkraft im Erwin-Kranzmann-Haus vorstellen könne.

Herr Queste erläutert, dass eine Fachkraft der AWO mit 7 Wochenstunden eine Bedarfserhebung vornehmen und die Wünsche der ehrenamtlich tätigen Kräfte nachhalten solle sowie Beratungsleistungen erbringe.

Auf Nachfrage von Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) erklärt Herr Queste, dass der Einsatz auch nach einer möglichen Raumveränderung des AWO-Ortsvereines erfolgen werde.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) stellt angesichts des Umfangs der erst vor der Sitzung verteilten Vorlage fest, dass auch nach dem Vortrag keine Beschlussfassung möglich sei.

Auf Nachfrage von Herr Vagt (fraktions- bzw. gruppenloses Mitglied) erläutert Herr Queste, welche Zuschüsse für die Drogenberatung vorgesehen seien. Herr Vagt möchte einen Katalog darüber, welche Leistungen die Stadt Bielefeld auf dem Gebiet der Suchtprävention und -beratung erbringe. Herr Queste sagt zu die Bitte in die Verwaltung mitzunehmen.

Frau Grbeva spricht sich für den Beschlussvorschlag aus, da viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den genannten Bereichen in Fristverträgen tätig seien und auf eine Verlängerung warten.

Herr Thole beantragt für seine Fraktion die 1. Lesung, da nicht ausreichend Zeit für eine Einarbeitung in das umfangreiche Themenfeld gegeben worden sei.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) betont, dass es eine kompetente Berichterstattung gegeben habe und seine Fraktion abstimmungsbereit sei.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Beschlussvorlage ist heute in 1. Lesung zu behandeln.

Dafür: 8 Stimmen
Dagegen: 8 Stimmen

-bei Stimmengleichheit abgelehnt-

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt im Anschluss über die Beschlussvorlage abstimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Beiräte / die Bezirksvertretungen / der Sozial- und Gesundheitsausschuss / der Jugendhilfeausschuss / der Finanz- und Personalausschuss empfehlen / empfiehlt, der Rat beschließt:

1. **Das System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) zwischen der Stadt Bielefeld und den freien Trägern zur Sicherung einer umfassenden und zukunftsfähigen sozialen Infrastruktur wird mit Wirkung vom 01.01.2020 um weitere drei Jahre verlängert. Die Verwaltung wird beauftragt, die in Anlage A benannten Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit den freien Trägern abzuschließen.**
2. **Folgende Themenfelder werden in den Jahren 2020 bis 2022 durch die gezielte Aufstockung bestehender sowie durch den Abschluss neuer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen bzw. durch Zuschüsse gestärkt:**
 - **Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Höhe von 440.000 € pro Jahr entsprechend Anlage B 1**
 - **Quartiersarbeit in Höhe von 150.000 € pro Jahr entsprechend Anlage B 2**
 - **Senior*innenarbeit in Höhe von 274.500 € pro Jahr entsprechend Anlage B 3**
 - **Mädchen- und Frauenarbeit in Höhe von 45.000 € pro Jahr entsprechend Anlage B 4**
 - **Suchtprävention und Suchtberatung in Höhe von 65.000 € pro Jahr entsprechend Anlage B 5**
3. **Die in Anlage C 1 aufgeführten Einzelanträge mit einem Gesamtvolumen von 192.500 €/Jahr werden über das System der Leis-**

tungs- und Finanzierungsvereinbarungen gefördert. Die in Anlage C 2 genannten Anträge werden als Projekte mit einem Gesamtvolumen von 217.500 €/Jahr unterstützt. Die in Anlage C 3 genannten Anträge werden als befristete Zuschüsse mit einem Volumen von 53.500 €/Jahr bewilligt.

4. Bei freien Trägern, die einen Tarifvertrag anwenden, berücksichtigt der kommunale Finanzierungsanteil an den Personalkosten ab 01.01.2020 tarifliche Tabellen- und Stufensteigerungen. Bei der Tabellensteigerung werden die Tarifabschlüsse nach dem TVöD angewendet. Der Stufensteigerung wird durch einen pauschalen Zuschlag von jährlich 0,55 % auf den kommunalen Finanzierungsanteil an den Personalkosten Rechnung getragen. Bei freien Trägern, die keinen Tarifvertrag anwenden, wird der kommunale Finanzierungsanteil um nachgewiesene Personalkostensteigerungen bis maximal zur Höhe der tariflichen Tabellensteigerungen des TVöD dynamisiert.
5. Die kommunale Sachkostenförderung wird ab 01.01.2020 pauschal um jährlich 1,5% gesteigert.
6. Personal- und Sachkosten sowie deren Veränderungen sind in den Verwendungsnachweisen darzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verwendungsnachweisverfahren gemeinsam mit den freien Trägern weiterzuentwickeln.
7. Zur Finanzierung der unter Punkt 1 bis 5. genannten Maßnahmen werden im ersten Schritt die im Haushalt der Fachämter eingestellten Mittel verwendet. Zudem werden die im Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 1 Mio. € sachgerecht auf die Fachämter verteilt. Dies wird im Rahmen der Haushaltsplanung über Veränderungslisten umgesetzt. Darüber hinausgehende Finanzierungsbedarfe sind für die Zeit der Vertragsperiode aus dem „Integrationsbudget“ zu decken.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, das bereits praktizierte Finanz- und Fachcontrolling fortzuführen und im Umsetzungszeitraum der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen gemeinsam mit den Trägern qualitative und quantitative Ziele zu formulieren. Dabei sollen Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus verschiedenen Berichten wie z.B. dem Lebenslagenbericht mit einfließen. Über den Grad der Umsetzung sowie gegebenenfalls zu treffende konzeptionelle Schlussfolgerungen soll den zuständigen Fachausschüssen regelmäßig berichtet werden.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den betroffenen Trägern für
 - die Arbeit der Beratungsstellen (Familien-, Erziehungs- und Sozialberatungsstellen),
 - ein zielgruppenspezifisches Streetwork (inklusive Kesselbrink) und
 - die Arbeit der Bahnhofsmision
 konzeptionelle Überlegungen zu entwickeln. Diese sind – gegebenenfalls inklusive eines Finanzierungsvorschlages – den

Fachausschüssen vorzulegen.

10. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Trägern die Erfahrungen mit dem Finanzierungssystem auszuwerten und den Ratsgremien spätestens in den Gremiensitzungen nach der Sommerpause 2021 Bericht zu erstatten. Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, gegebenenfalls rechtzeitig vor der übernächsten Leistungsvertragsperiode Veränderungsvorschläge vorzulegen.

Dafür: 8 Stimmen

Dagegen: 8 Stimmen

-bei Stimmengleichheit abgelehnt-

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich – TOP 10 *

Zu Punkt 11

GS Hillegossen **- Konzept für die Erweiterung der OGS -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8719/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Frau Moormann vom Immobilienservicebetrieb zur Berichterstattung.

Frau Moormann erläutert, dass 2017 vom Amt für Schule der Auftrag erteilt worden sei, wegen zu erwartender steigender OGS-Anmeldezahlen mehr Nutzfläche zu schaffen. Im Zuge der Prüfung sei festgestellt worden, dass das benachbarte Erwin-Kranzmann-Haus viel Potenzial biete. Eine Doppelnutzung von AWO-Ortsverein und OGS sei verworfen worden.

Stattdessen werde ein Umzug des Vereines in das Erdgeschoss des ehemaligen „Waschhauses“ vorgeschlagen, das für die OGS zu klein geworden sei. Frau Moormann erläutert die Planung (2 Räume im Erdgeschoss mit einer Größe von 45 und 50 m²). Der größere Raum sei barrierefrei von außen zu erreichen. Geplant seien ebenso ein barrierefreier Umbau der Toiletten sowie weitere Sanierungsmaßnahmen (Erneuerung des Anstrichs und Anpassung der technischen Ausstattung).

Das Erdgeschoss des Erwin-Kranzmann-Hauses solle für die Zwecke der OGS als Mensa eingerichtet werden. Das Untergeschoss solle wie bisher vom AWO-Ortsverein genutzt werden. Bei größeren Veranstaltungen sei in Absprache mit der Schulleitung aber auch eine Nutzung der Mensa für den Verein weiterhin möglich; eine erwachsenengerechte Ausstattung mit Stühlen und Tischen werde erfolgen. Die OGS könne in den Altbau ziehen, sobald ein Erweiterungsbau für die schulisch genutzten Räume fertiggestellt sei (2 Klassenräume, Nebenräume, Pausentoiletten).

Herr Möller (CDU-Fraktion) fragt nach, wie die Schülerinnen und Schüler

die Mensa dann künftig erreichen und ob die Verbindungstür von Turnhalle zum Erwin-Kranzmann-Haus verschlossen bleibe.
Nach Angaben von Frau Moormann wird die Mensa über einen bereits vorhandenen Weg erreicht. Die angesprochene Tür bleibe verschlossen.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) signalisiert Zustimmung zu der Beschlussvorlage.

Frau Fecke (SPD-Fraktion) verweist darauf, dass im AWO-Ortsverein Hillegossen geteilte Meinungen zur Aufgabe der Nutzung des Erdgeschosses des Erwin-Kranzmann-Hauses bestehen. Sie sehe den Vorschlag aber als sinnvoll an und bittet um Sicherstellung, dass der Ortsverein tatsächlich bei Bedarf das Erdgeschoss nutzen könne. Frau Moormann berichtet, dass sie mit dem Schulleiter gesprochen habe. Dieser habe zugesichert, dass es diesbezüglich schon Gespräche gegeben habe und habe die Bereitschaft unterstrichen, dass diese Nutzung nach Ende der OGS möglich sein werde.

Herr Möller fragt nach der Zeitplanung.

Frau Moormann erläutert, dass erst eine Erweiterung des Schulgebäudes erfolgen müsse, dann der Umzug aus dem Altbau, Umbau der Mensa und des Erwin-Kranzmann-Hauses. Dabei müsse aufgrund der genutzten Fördergelder eine Realisierung insgesamt bis 2022 erfolgen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die BV Stieghorst stimmt dem von der Verwaltung erarbeiteten Konzept für die Erweiterung der OGS der GS Hillegossen und dem damit verbundenen Raumtausch für die AWO, Ortsverein Hillegossen, zu. Dem Ortsverein der AWO stehen künftig folgende Flächen zur Verfügung:

- Untergeschoss des Erwin-Kranzmann-Hauses
- Erdgeschoss des bisherigen OGS-Gebäudes.

Für Großveranstaltungen kann der AWO-Ortsverein die im Erdgeschoss des Erwin-Kranzmann-Hauses entstehende OGS-Mensa nutzen.

- einstimmig beschlossen –

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich – TOP 11 *

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) erklärte Ausschließungsgründe nach § 31 GO NRW und hat weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teilgenommen.

Zu Punkt 12 **Erhebung von Straßenbaubeiträgen nach § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG NRW)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8767/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 12 *

Zu Punkt 13 **Festlegung der Prioritäten der Tiefbaumaßnahmen 2020 und später für den Stadtbezirk Stieghorst**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8721/2014-2020

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Das aus Bezirksbürgermeister Schäffer sowie den Bezirksvertretungsmitgliedern Akay, Lange und Burauen bestehende Beratungsgremium zum Thema *Tiefbau und Verkehr* hat über die Festlegung der Prioritäten für die Tiefbaumaßnahmen 2020 und später beraten.

Der Bezirksvertretung wird folgende Reihenfolge vorgeschlagen:

Vorbemerkungen:

- a) Werden an einer Straße Arbeiten am Kanalnetz bzw. an den Versorgungsleitungen durchgeführt und wird hierdurch die vorhandene Straßenbefestigung zerstört, so kann die Straßenwiederherstellung (Endausbau) unabhängig von der beschlossenen Priorisierung erfolgen.
- b) Der Ausbau einer Maßnahme kann vorgezogen werden, wenn die höher priorisierten Maßnahmen nicht durchgeführt werden können.

In jedem entsprechenden Einzelfall wird die Bezirksvertretung vorab beteiligt (in der Regel auf der Basis einer Beschlussvorlage der Verwaltung).

I. Kanalbau**Hinweis:**

R = Regenwasserkanal
S = Schmutzwasserkanal

Aufgrund der bestehenden Abhängigkeiten zu langfristigen Planungen erfolgt im Bereich der Kanalbaumaßnahmen **keine Priorisierung.**

Anmerkungen:

1. Die Maßnahmen „Insterburger Straße, Goldaper Straße, Allensteiner Straße (S + R)“ werden über einen Erschließungsvertrag mit der Baugenossenschaft Freie Scholle eG realisiert. Die Maßnahmen Insterburger Straße und Allensteiner Straße sind fertiggestellt.
2. Die Maßnahme „Stralsunder Straße (R)“ ist fertiggestellt.

II. Straßenneubaumaßnahmen

1. Oerlinghauser Straße zwischen Detmolder Straße und OD-Grenze
Lärmsanierung Fahrbahn und Herstellung Radverkehrsführung
2. Dingerdisser Straße zwischen Am Bredenbusch und Dingerdisser Heide
Sanierung Fahrbahn und Anlage Geh-/Radweg
3. Linnenstraße zwischen Pyrmonter Straße und Dingerdisser Heide
Sanierung Fahrbahn, Gehwege und Anlage von Radverkehrsanlagen
(zunächst Sanierung von Grundbrüchen)
4. Nesselstraße

Sodann in alphabetischer Reihenfolge (keine Priorisierung)

Am Bollholz
Am Schiffberge
Am Weiher
Bushaltestellen
Detmolder Straße zw. Wappenstraße und Hs.-Nr. 526 (Parallelfahrbahn)
Eichenstückenstraße
Flensburger Straße (Teilstück)
Fuchsstraße / Zypressenstraße
Gumbinner Straße zw. Königsberger Straße und Tilsiter Straße
Hanglehne
Königsberger Straße zw. Stieghorster Straße und Gumbinner Straße
Laßheider Weg zw. Bechterdisser Straße und Dingerdisser Heide
Rosengarten
Tackeloh
Tempelkamp
Tuchstraße
Wrachtrupstraße

Anmerkung:

Bushaltestellen werden vorgezogen mit Buskappsteinen hergerichtet, wenn der städt. Werbepartner einen Fahrgastunterstand installieren möchte.
Die Finanzierung erfolgt aus der ÖPNV-Pauschale.
Die Bezirksvertretung wird über jeden Einzelfall informiert.

III. Deckenerneuerung

1. Walter-Werning-Straße ab Gustav-Winkler-Straße auf 250 m Länge
(Vor einer Deckenerneuerung müssen zunächst Grundbrüche saniert werden.)
2. Jagdweg

IV. Deckeninstandhaltungs- / Rückstellungsprogramm

1. Bollstraße zwischen Detmolder Straße und Pelikanweg
(Deckensanierung)

Auftrag an die Verwaltung:

Das Amt für Verkehr listet neue Straßeninstandhaltungsmaßnahmen 2020 ff zur Abstimmung mit der Bezirksvertretung auf,
unabhängig von einer künftigen Mittelbereitstellung z. B. im Rahmen eines neuen Deckeninstandhaltungsprogramms.

V. Rad- und Gehwege**A) Straßennetz (Baulast: Stadt Bielefeld)****Vorbemerkung:**

1. Linnenstraße zwischen Dingerdisser Heide und Stadtgrenze
(Anlage eines Geh-/Radweges)
2. Selhausenstraße zwischen Oerlinghauser Straße und Zufahrt Sportplatz
(Anlage eines Geh-/Radweges)
3. Geh-/Radweg längs der DB-Strecke zwischen Pyrmonter Straße und Pelikanweg
(Verbreiterung/ Herstellung einer Oberflächenbefestigung)

sodann in alphabetischer Reihenfolge (keine Priorisierung)

**Bodelschwinghstraße zwischen Osningsstraße und Promenade
(Herstellung einer Radverkehrsführung)**

**Dingerdisser Heide zwischen Dingerdisser Straße und Linnenstraße
(Herstellung einer Radverkehrsführung)**

**Dingerdisser Straße zwischen Auf dem Busch und Dingerdisser Heide
(Anlage eines Geh-/Radweges)**

**Osningsstraße zwischen Bodelschwinghstraße und Ortsdurchfahrt
(Anlage von Radfahrstreifen)**

B) Straßennetz (Baulast: Landesbetrieb Straßen NRW)

1. **Lämershagener Straße zwischen Ende Bebauung und
Parkplatz Eisgrund
(Anlage eines Geh-/ Radweges)**
2. **Lämershagener Straße zwischen Oerlinghauser Straße und
Wrachtrupstraße
(Anlage eines Geh-/ Radweges)**

VI. Straßenbeleuchtung und Verkabelung von Freileitungsanlagen

1. **Grünzugwegeverbindung zwischen Stettiner Straße
(Kindertagesstätte) und Glatzer Straße (Freizeitzentrum)**

Schätzkosten:	9.200 €
Folgekosten:	828 € pro Jahr
Leuchtentyp:	LED-Leuchten
Anliegerbeiträge:	nein

2. **Fußweg zwischen Lipper Hellweg und Am Alten Dreisch
-Heckenweg-
(4 Leuchten mit ca. 160 m Kabel)**

Schätzkosten:	17.500 €
Folgekosten:	1.600 € pro Jahr
Leuchtentyp:	LED-Leuchten
Anliegerbeiträge:	sind zu prüfen

3. **Ubbedisser Straße von Kammhöhe bis Oerlinghauser Straße
(Rückbau der Freileitung / Kabel aus Kostengründen z. Zt.
nicht realisierbar)**

Schätzkosten:	60.000 €
Folgekosten:	5.400 € pro Jahr
Leuchtentyp:	LED-Leuchten
Anliegerbeiträge:	nein

4. Linnenstraße von Pyrmonter Straße bis Ausbauende
(Rückbau der Freileitung / Kabel und Leuchten aus Kostengründen z. Zt.
nicht realisierbar)

Schätzkosten:	83.500 €
Folgekosten:	7.500 € pro Jahr
Leuchtentyp:	Kofferleuchten
Anliegerbeiträge:	ja

Anmerkungen:

Das Jahresbudget für Beleuchtung beträgt gesamtstädtisch
nur 30.000 €.

Zu 4.:

Im Verlauf der Linnenstraße befinden sich sogenannte Kofferleuchten. Daher
werden auch für den weiteren Verlauf Kofferleuchten vorgeschlagen.
Auf Wunsch der Bezirksvertretung kann der Leuchtentyp aber auch
geändert werden.

VII. Querungshilfen

1. Schneidemühler Straße
im Bereich des Grünzuges / Eingang Friedhof Stieghorst
2. Oerlinghauser Straße
im Bereich der Bushaltestelle Wrachtrupstraße
3. Lipper Hellweg
am ehem. Bunker oder an anderer geeigneter Stelle in diesem Bereich
(s. auch BV Stieghorst, 08.12.2005, TOP 1)
4. Osningsstraße
im Bereich des Oetzerweges

Anmerkung:

Die Querungshilfen an Rangstellen 1. und 2. sind mit Priorität 2 bereits
Bestandteil der gesamtstädtischen Priorisierung des Umwelt- und
Stadtentwicklungsausschusses vom 13.12.2005.

VIII. Fahrgastunterstände an Bushaltestellen

Am 17.03.2011 zu Punkt 7 und am 12.05.2011 zu Punkt 8 hat die Bezirksvertretung Stieghorst die Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksachen-Nr. 2181/2009-2014) zur *Aufstellung von Fahrgastunterständen an Bushaltestellen* beraten und mit Änderungen/Ergänzungen beschlossen.

Nach Beschlussfassung durch den Stadtentwicklungsausschuss am 29.03.2011 ergibt sich für den Stadtbezirk Stieghorst daraus folgender Sachstand:

Vorgeschlagene Standorte zur Umsetzung im Jahr 2012

<u>Haltestellenname</u>	<u>Lage / Richtung</u>	<u>Bemerkungen</u>
Sven-Hedin-Straße	Lipper Hellweg / Oerlinghauser Str	Gestattungsvertrag erforderlich

Vorgeschlagene Standorte zur Umsetzung im Jahr 2013

<u>Haltestellenname</u>	<u>Lage / Richtung</u>	<u>Bemerkungen</u>
Hillegossen Freibad	Oerlinghauser Str. / Lämershagener Str.	Noch provisorische Herrichtung
Wrachtrupstraße	Oerlinghauser Str. / stadtauswärts	zu aufwändige und kostenintensive Vor- arbeiten erforderlich, stattdessen

Vorgeschlagener Ersatzstandort 2019

Ubbedissen Bahnhof	Pyromonter Str./ Linnenstraße	Empfehlung im Arbeitskreis Tiefbau u. Verkehr
-----------------------	-------------------------------	---

Vorgeschlagene Standorte - keine Realisierung

Linnenstraße	Detmolder Str. / stadteinwärts	Gehweg zu schmal, Mauer zu Privatfläche.
Bollstraße	Detmolder Str. / stadteinwärts	Geringe Nachfrage, Eingriff in Grünfläche, kein Bordstein.
Bollstraße	Detmolder Str. / stadtauswärts	Geringe Nachfrage, Eingriff in Grünfläche, kein Bordstein.
Sven-Hedin-Straße	Lipper Hellweg / Sieker	nicht realisierbar

Anmerkung:

Die zur Umsetzung in den Jahren 2012 und 2013 vorgeschlagenen Standorte sind bisher nicht realisiert worden.

Über die Berücksichtigung der priorisierten Bushaltestellen entscheidet der städtische Werbepartner unter der Prämisse „Werbewirksamkeit“.

IX. Ausbau von niederflurgerechten Bushaltestellen**Nachrichtlich**

Gesamtstädtische Priorisierung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses vom 13.12.2005

- einstimmig beschlossen –

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 13 *

-.-.-

Zu Punkt 14 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Skarabis verweist auf die mit der Sitzungseinladung übersandte Auflistung der bisher noch unerledigten Beschlüsse der Bezirksvertretung, die um neue Beschlussfassungen ergänzt bzw. um die inzwischen erledigten Beschlüsse bereinigt worden sei.

Er informiert darüber, dass zu der Drucksachen-Nummer 6799 (Parkplatz Schneidemühler Straße/ Ecke Stieghorster Straße) eine Stellungnahme des Rechtsamtes vorliege, die vor der Sitzung verteilt worden sei. Danach liege die Entscheidungskompetenz beim Stadtentwicklungsausschuss. Die Bezirksvertretung habe die Möglichkeit die Ausweisung eines Park&Ride-Parkplatzes (mit Anordnung eines LKW-Parkverbots) zu empfehlen.

Herr Lange (CDU-Fraktion) beantragt eine solche Empfehlung an den Stadtentwicklungsausschuss weiterzugeben.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss den Parkplatz an der Schneidemühler Straße/ Ecke Stieghorster Straße als Park&Ride-Parkplatz mit einem LKW-Parkverbot auszuweisen.

- einstimmig beschlossen –

Herr Skarabis berichtet zur Drucksachen-Nummer 6570 (Hundefreilauffläche Tackeloh), dass dazu eine Beschlussvorlage für die Septembersitzung angekündigt worden sei.

Die weitere Liste wird von der Bezirksvertretung zur Kenntnis genommen.

* BV Stieghorst - 13.06.2019 - öffentlich - TOP 14 *

Reinhard Schäffer
Bezirksbürgermeister

Anke Machnik
Schriftführerin